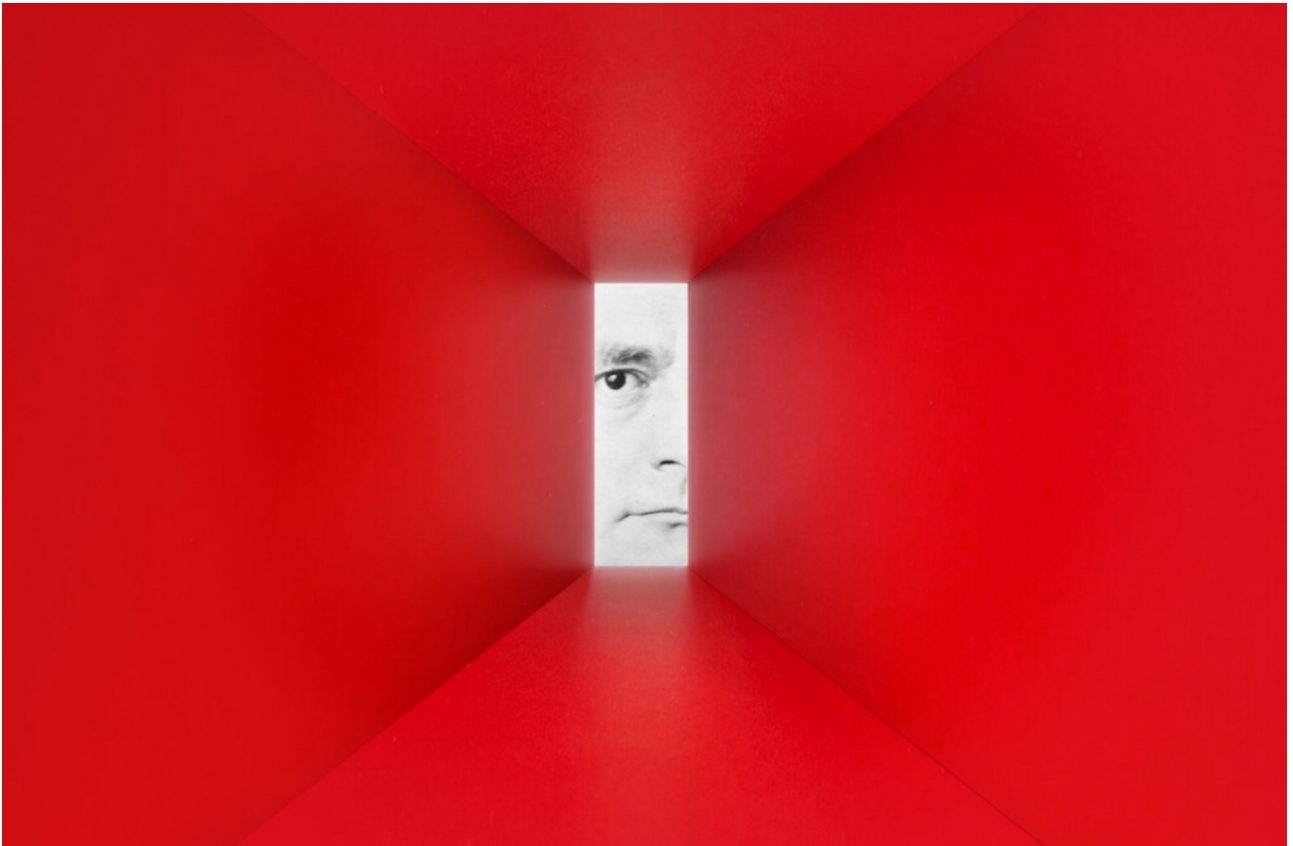


**Der Nazi-Jurist, der unsere kaputte Politik heimsucht
Eine Verachtung für Kompromisse. Eine expansive
Vision der Exekutivgewalt. Beide verdanken Carl
Schmitt viel.**



NYT

By Jennifer Szalai

July 13, 2024

Updated 12:48 p.m. ET

Es war ein merkwürdiger Satz, nicht nur wegen dessen, was er sagte, sondern auch wegen desjenigen, der ihn sagte. In einem Interview mit dem Meinungskolumnisten der New York Times, Ross Douthat, erklärte J.D. Vance, der republikanische Senator aus Ohio, der sich um die Kandidatur von Donald Trump bewirbt, letzten Monat: "Was ich über den Liberalismus in 2019 und 2020 denke, ist, dass diese Leute alle Carl Schmitt gelesen haben - es gibt kein Gesetz, es gibt nur Macht. Und das Ziel ist es, wieder an die Macht zu kommen."

Vance bezog sich dabei auf den politischen Theoretiker und Nazi-Juristen, der einen Großteil des intellektuellen Ballasts für das Dritte Reich lieferte. Schmitt verachtete den Liberalismus. Doch laut Vance sind die Liberalen diesem unerbittlich illiberalen Denker

verfallen, einem Mann, der den diktatorischen Einsatz der Exekutivgewalt anpries, um die eigenen Feinde zu besiegen.

Das ist es zumindest, was Vance meiner Meinung nach sagen wollte. Seine Beispiele für den Schmitt'schen Liberalismus betrafen nicht die Autokratie mit Springerstiefeln, sondern die politische Korrektheit - eine "absolut tyrannische" Macht, die bedeutete, "dass man nichts sagen durfte.

Im weiteren Verlauf des Interviews schien Vance wenig Skrupel zu haben, Macht auszuüben, um Feinde zu besiegen, solange es die Konservativen sind, die das tun. Auf die Frage nach den Wahlen 2020 und dem Anschlag auf das Kapitol am 6. Januar verteidigte Vance Trump (der natürlich unablässig davon spricht, seine Feinde zu vernichten). "Ich denke, dass die Anfechtung von Wahlen und die Infragestellung der Legitimität von Wahlen Teil des demokratischen Prozesses ist", sagte Vance. "Wenn sie sagen: 'Er bedroht das Fundament der amerikanischen Gesellschaft', kann ich nur mit den Augen rollen."

Vances Bemerkung über Schmitt, das Gesetz und die Macht erhielt am 1. Juli neue Resonanz, als zwei Ereignisse stattfanden, die zufällig mit Trumps Versuchen, die Wahl 2020 zu kippen, zusammenhingen. Jedes dieser Ereignisse enthielt ein Element der Politik, das Schmitt erkannt - und gebilligt - hätte.

In Danbury, Connor, betrat der ehemalige Trump-Berater Steve Bannon ein Niedersicherheitsgefängnis, um eine viermonatige Haftstrafe anzutreten, nachdem er sich einer Vorladung des Untersuchungsausschusses des Repräsentantenhauses vom 6. Januar widersetzt hatte. Vor einer lautstarken Versammlung von Anhängern wettete der stets konfrontative Bannon gegen das "korrupte, kriminelle Justizministerium", nannte sich selbst einen "Märtyrer" und forderte einen Priester auf, "für unsere Feinde zu beten", denn "sie sind diejenigen, die die Gebete brauchen werden." Er ließ die Wut fast eine halbe Stunde lang nicht abebben und schloss mit "Sieg oder Tod!". "Es war eine Darbietung von verächtlichem, kompromisslosem Fanatismus - und eine getreue Verkörperung von Trumps eigenem Instinkt des verbrannten Bodens, des Wir-gegen-Sie.

Am selben Tag, 300 Meilen entfernt, im stillen Gebäude des Obersten Gerichtshofs, gewährte ein 6:3-Urteil Trump beträchtliche Immunität vor Strafverfolgung wegen des Versuchs, die Wahl zu kippen. Der Oberste Richter John Roberts erklärte in seiner Mehrheitsmeinung in der Rechtssache Trump gegen die Vereinigten Staaten feierlich, dass man sich über die lästigen Besonderheiten des Falles hinwegsetzen müsse, und erklärte, dass eine "Fixierung" auf solche "flüchtigen Ergebnisse" von der wichtigeren Aufgabe ablenken würde.

"Unsere Perspektive muss weitsichtiger sein", schrieb er. Die "Amtshandlungen" eines Präsidenten genossen tatsächlich "absolute Immunität". Roberts erklärte, die konservative Mehrheit des Gerichts berufe sich lediglich auf "dauerhafte Prinzipien"; Rechtswissenschaftler wiesen darauf hin, dass die Entscheidung auf eine weitreichende Ausweitung der Exekutivgewalt hinauslaufe. Was in Danbury geschah, sah sicherlich ganz

anders aus als das, was in Washington geschah. Bannon prahlte damit, sich über das Gesetz hinwegzusetzen; Roberts schrieb darüber, es aufrechtzuerhalten. Bannon schwelgte in Chaos und Partisanenkrieg; Roberts bestand darauf, dass das Gericht solche Kräfte in Schach hält. Bannon wettert seit langem gegen das konservative Establishment; Roberts identifiziert sich seit langem mit dem konservativen Establishment. (Und im Gegensatz zu einigen seiner Richterkollegen ist Roberts nicht mit jemandem verheiratet, der "gerne" provokative Flaggen schwenkt oder versucht hat, die Wahl 2020 zu kippen).

Aber boshafter Extremismus und hochmütiger Legalismus müssen nicht unvereinbar sein. Anstatt den Machtmissbrauch einzuschränken, kann das Gesetz auch zum Ermöglicher werden. Vermutlich weiß Vance, ein Absolvent der Yale Law School, dies. Schließlich war der Denker, der die Verschmelzung des Rechtssystems eines Landes mit der Massenradikalisierung sowohl herbeisehnte als auch rechtfertigte, kein anderer als Carl Schmitt, der "Kronjurist" des Dritten Reichs.

Die "Freund-Feind"-Unterscheidung

Der 1888 in Plettenberg geborene Schmitt beschrieb sich selbst in seinen Memoiren als "einen obskuren jungen Mann aus bescheidenen Verhältnissen". Sein Biograph Reinhard Mehring schreibt, dass er häufig von "intimen Leidenschaften und Tragödien" heimgesucht wurde und sich nach "Erlösung" sehnte. Schmitt wurde wegen einer zweiten Ehe von der katholischen Kirche exkommuniziert, nachdem er die Annullierung seiner ersten Ehe nicht erwirken konnte.

Doch Gott blieb ein zentraler Bestandteil seiner politischen Theorien. Schmitts Idee eines göttlichen Souveräns verschmolz mit seiner Idee eines staatlichen Souveräns: Jeder war eine Figur von absoluter Autorität, die die Grundlage für alles lieferte, einschließlich der Wahrheit.

"Ich bin ein Theologe der Jurisprudenz", schrieb er in seine Notizbücher, jemand, der sich "einer echten katholischen Intensivierung (gegen die Neutralisierer, die ästhetischen Dekadenten, gegen die Abtreiber, Leichenverbrenner und Pazifisten) verschrieben hat."

Als Schmitt 1933 der Nazi-Partei beitrug, war er bereits ein Juraprofessor mittleren Alters, und er sollte später seine brutalsten und antisemitischsten Begründungen für das Regime schreiben, dem er diente. Im Jahr 1935 lobte er die Nürnberger Gesetze, weil sie die Verpflichtung zur "Gleichbehandlung von Artfremden und Deutschen" aufhoben. Zu diesem Zeitpunkt hatte er bereits die Nacht der langen Messer - Hitlers mörderische Säuberungsaktion von 1934 gegen seine Rivalen - als "höchste Gerechtigkeit" verteidigt. Schmitts Apologetik für Hitlers Todesschwadronen trug den Titel "Der Führer schützt das Recht".

Aber es waren Schmitts frühere Arbeiten, die den Grundstein für das Dritte Reich legten. Angewidert von den politischen Sackgassen der Weimarer Republik, Deutschlands Demokratieexperiment nach dem Ersten Weltkrieg, prangerte er den Liberalismus ständig

als anmaßend und heuchlerisch an, weil er versuchte, den Menschen pluralistische Toleranz aufzudrängen. Gleichzeitig verachtete er ihn als "träge" und ineffektiv, weil er Entscheidungen zugunsten einer "ewigen Diskussion" immer wieder aufschob. Wie der Intellektuellenhistoriker Mark Lilla in einem klassischen Essay festgestellt hat, konnte Schmitt nie entscheiden, ob der Liberalismus zu stark oder zu schwach war. In jedem Fall betrachtete er ihn als "verachtenswert".

In Büchern wie "Diktatur" (1921), "Politische Theologie" (1922), "Die Krise der parlamentarischen Demokratie" (1923) und "Der Begriff des Politischen" (1932) arbeitete Schmitt die Ideen aus, die seinen Namen ausmachen sollten, darunter die Unterscheidung zwischen "Freund und Feind", "Dezisionismus" und der "Ausnahmezustand".

Echte Politik bestehe nicht darin, zwischen verschiedenen Interessen zu verhandeln und entsprechende Kompromisse zu schließen. In der Politik gehe es darum, zwischen Freund und Feind zu unterscheiden. Jede Gruppe wolle Macht, aber nur der wahnhaft Liberale glaube an die Möglichkeit eines harmonischen Modus vivendi. Viel besser - und realistischer - ist es, in Begriffen der "Feindschaft" zu denken: Die Begriffe "Freund", "Feind" und "Kampf" erhalten ihre wahre Bedeutung gerade dadurch, dass sie sich auf die reale Möglichkeit des physischen Tötens beziehen.

Angesichts eines solchen apokalyptischen Denkens verachtete Schmitt das endlose Gefeielsche der "liberalen Verfassungstendenz" und verehrte den Dezisionismus eines unbelasteten Souveräns. Ein "Ausnahmezustand" oder ein Notstand "ist prinzipiell unbegrenzte Autorität", schrieb er. Der Souverän hat das Recht auf totale Macht - und kann entscheiden, wann er sie in Anspruch nimmt: "Souverän ist derjenige, der über die Ausnahme entscheidet.

Aber dieses Credo war, so Schmitt, keine antidemokratische Machtergreifung. Eine wirkliche Demokratie erfordert, wie er es - ein ganzes Jahrzehnt bevor Hitler deutscher Bundeskanzler wurde - kühl formulierte, "die Beseitigung oder Auslöschung der Heterogenität". Dann könnte sie auf den Liberalismus mit all seinen lästigen Regeln und Verfahren verzichten, die nur dazu dienten, den Willen eines homogenen Volkes zu vereiteln. "So könnten Demokratie und Diktatur nicht nur vollkommen kompatibel werden", schreibt Jan-Werner Müller in "Ein gefährlicher Geist", seiner kritischen Studie über Schmitt, sondern die Diktatur könnte sogar der "authentischste Ausdruck der Demokratie" sein.

Dem Extremismus eine Patina der Seriosität verleihen

Schmitts Bekenntnis zur Diktatur findet nur wenige (offene) Bewunderer, aber selbst linke Wissenschaftler haben sich von seiner Aufdeckung liberaler Heucheleien und blinder Flecken angezogen gefühlt. In "The Challenge of Carl Schmitt", einem 1999 veröffentlichten Band mit Aufsätzen verschiedener Autoren, schlug die politische Theoretikerin Chantal Mouffe vor, dass es möglich sei, aus seinen "Einsichten" zu lernen, um "die liberale Demokratie im Hinblick auf die Stärkung ihrer Institutionen neu zu überdenken". Sie schlug vor, dass die Freund-Feind-Unterscheidung für konfliktscheue

Liberale nützlich sei und dass sie abgemildert werden könne, indem sie von Schmitts maßlosem Antagonismus befreit werde.

Aber die Unverhältnismäßigkeit ist der Punkt - die extremistische Quelle, aus der Schmitts Rechtstheorien entsprungen sind. Eine abgeschwächte Version der "Freund-Feind"-Unterscheidung wird oft erwähnt, weil Fragen des Konflikts und der Macht in der Politik allgegenwärtig sind. Doch "man braucht Schmitt nicht wirklich, um das zu entdecken", sagte mir Müller. "Ich denke, dass viele Verweise auf ihn banal sind." Der Vorwurf von Vance, dass Liberale Schmitt lieben, sollte Empörung hervorrufen, nicht etwas erhellen. Müller charakterisiert das als "Trolling".

Wo Schmitt tatsächlich nützlich sein könnte, ist als Leitfaden für die Auswirkungen des Urteils des Obersten Gerichtshofs im Fall Trump gegen die Vereinigten Staaten. In einem scharfen Posting argumentierte die Philosophin Elizabeth Anderson, dass die Argumentation der Mehrheit "den Weg zu völliger Gesetzlosigkeit führt und die Tür zur Diktatur öffnet". Schmitt, so sagte sie, "bietet einen Einblick in die Denkweise der Gerichtsmehrheit", indem er zeigt, wie Schmitt'sche Annahmen über Politik als Nullsummenkampf zwischen Freunden und Feinden zu einer Weigerung führen können, die andere Seite als legitim zu akzeptieren, und letztlich zu einer Schmitt'schen Ausweitung der Exekutivmacht.

Richterin Sonia Sotomayor warnte in ihrer vernichtenden Ablehnung, dass die Mehrheit den Präsidenten einen enorm weiten Ermessensspielraum eingeräumt habe, um etwas als "Amtshandlung" zu bezeichnen (in Anlehnung an Schmitts "Ausnahmestand") und sich daher rechtlich ungestraft zu verhalten. Roberts verhöhnte Sotomayors abweichende Meinung als "kurzschlüssig" und warf ihr "Angstmacherei auf der Grundlage extremer Hypothesen" vor. Was Roberts für die "wahrscheinlichere Aussicht" hielt, war "eine Exekutive, die sich selbst kannibalisiert, wobei es jedem nachfolgenden Präsidenten freisteht, seine Vorgänger strafrechtlich zu verfolgen, er aber nicht in der Lage ist, seine Pflichten mutig und furchtlos zu erfüllen, weil er befürchtet, der nächste zu sein".

Mit anderen Worten: Die Mehrheit entschied, dass die größte Gefahr ein zaghafter, gelähmter Präsident ist, der Angst vor Strafverfolgung hat - und nicht, sagen wir, die "extreme Hypothese" eines ermutigten Präsidenten, der zwanghaft nach Wegen sucht, seine Macht zu konsolidieren und seine Feinde zu bestrafen.

Es ist sicher, dass Trump Schmitt nicht einmal kannte, als er versprach, seine zweite Amtszeit als Präsident damit zu beginnen, einen Tag lang ein Diktator zu sein. Oder als er während seiner Amtszeit twitterte: "Ich habe das absolute Recht, mich selbst zu begnadigen." Oder als er Anfang 2020 ankündigte, dass die "Autorität eines Präsidenten total ist".

Aber die Sache mit Schmitt ist die, dass die Anrufung seines Namens weniger erhellend ist als die seltsame und erschreckende Geschichte des Rechtsregimes des Dritten Reiches, die in seinem Leben und Werk eingebettet ist. So benutzt man seine Macht, um seine Feinde zu vernichten. Das ist der Grund, warum Ihre Demokratie homogen sein muss. Hier ist, wie

diese Demokratie ihre richtige Form in einer Diktatur findet. Und hier ist die Rechtstheorie, die dem Rechtsextremismus den Anschein von Seriosität verleihen wird.

Vance unterstützt Trumps Versprechen, einen Sonderstaatsanwalt zu ernennen, um gegen Joe Biden zu ermitteln. Dennoch bezeichnete er die Vorstellung, dass "Trump zum Diktator Amerikas wird", als "völlig absurd". Schließlich, so Vance, habe Trump, als er versuchte, die Wahl zu annullieren, "die verfassungsmäßigen Verfahren genutzt".

Jennifer Szalai ist die Sachbuchkritikerin der Times.